

KONFERENZEN

Konferenzberichte

"Fünf Jahre nach dem Massaker. Möglichkeiten und Grenzen einer chinesischen Zivilgesellschaft"

Ost-West-Kolleg, Köln, 6.-10. Juni 1994

Die vornehmlich für jüngere deutsche Chinawissenschaftler und chinesische Studenten und Gastwissenschaftler ausgerichtete Tagung sollte nicht nur eine Zwischenbilanz der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit dem Massaker von 1989 ziehen, sondern auch Konturen der Debatte um "Zivilgesellschaft" und "Öffentlichkeit" in China nachzeichnen und den Erklärungswert dieser Begriffe überprüfen. Das Interesse an der Tagung war groß, fast 70 Anmeldungen wurden registriert.

Das Programm war gegliedert in vier Schwerpunkte, die sich mit der politischen Entwicklung seit 1989, der methodischen und theoretischen Debatte um "Zivilgesellschaft" und "Öffentlichkeit", Aspekten des sozialen Wandels im ländlichen Raum sowie dem Wertewandel im kulturellen und juristischen Milieu befaßten. Vorträge von Frau Prof. Weigelin-Schwiedrzik zum Thema "Reform und Macht" und Herrn Wan Runnan, dem Vorsitzenden der "Föderation für ein demokratisches China" (FDC), leiteten die Tagung ein. Die chinesische Botschaft in Bonn hatte zuvor vergeblich gegen die Einladung des Exilchinesen protestiert. In der Diskussion mit beiden Vortragenden wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß es der KP nach 1989 gelungen sei, sich als alternativlose Garantiemacht gesellschaftlicher Stabilität zu etablieren. Wie lange die in den Führungsgremien aufgebaute "große Stabilitätskoalition" in Fragen der inneren Sicherheit sich angesichts rapide wachsender sozialer Probleme und regionaler Disparitäten noch halten könne, wurde allerdings sehr unterschiedlich beurteilt. Herr Wan machte in einem bemerkenswert realistischen Statement deutlich, daß die Phase der Selbstüberschätzung in der Exilopposition vorüber ist. Die FDC sei inzwischen Teil der "community" der Überseechinesen geworden und wolle nun langfristig und professionell an Gegen- und Reformentwürfen zur politischen und gesellschaftlichen Verfassung Chinas arbeiten. Die Machterhaltung der KP sei à la longue nur durch die "friedliche Evolution" hin zu einer postkommunistischen "liberalen" Partei vorstellbar, dies sei ohne "historische Kompromisse" mit nichtkommunistischen Teilen der chinesischen Elite nicht denkbar. Für die unmittelbare Zeit nach Dengs Tod legte er ein pessimistisches Szenario vor: Der sich dann entwickelnde Machtkampf in der Partei könne zur Spaltung des Landes und vom "kleinen" ins "große Chaos" führen. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß China für seine politische Neuordnung noch einen blutigen Preis bezahlen müsse.

Prof. Rudolf G. Wagner stellte am folgenden Tag die theoretischen und methodischen Ausgangspunkte des Heidelberger Projekts "Öffentlichkeit in China" vor. Die Kommunikationsblockade zwischen Gesellschaft und Staat

während der Tiananmen-Krise hätte zum Rekurs auf die bekannten destruktiven Formen der Problemlösung geführt und die politische Relevanz des Themas unterstrichen. Wagner hob hervor, daß es nicht um eine Projektion europäischer Entwicklungen auf die chinesische Geschichte gehen könne, sondern um die konkrete, empirische Erfassung der "dritten Sphäre", des Raums, in dem sich Gesellschaft und Staat begegnen. Die von Habermas geschilderte Entwicklung von bürgerlicher "Öffentlichkeit" im 18. Jahrhundert sei von einer rationalistischen Aufklärungsperspektive geprägt und allzu sehr auf das Projekt der "Encyclopédie" fixiert. In der neueren Forschung zur Französischen Revolution rückten dagegen ihre *kulturellen* Ursprünge stärker in den Vordergrund, etwa indem auf die Trivialisierung des Königlichen in der umfangreichen pornographischen Literatur des Spätabsolutismus verwiesen werde. Auch für China seien die vorpolitischen und kulturell subversiven Äußerungen des öffentlichen Raums stärker zu beachten. Als weiteres zentrales Element seines methodischen Ansatzes sei die *Internationalität* der öffentlichen Sphäre zu hervorzuheben. Dies gelte für das europäische 18. ebenso wie für das chinesische 19. Jahrhundert, etwa im Hinblick auf die grenzübergreifende Produktion und Zirkulation von Druckerzeugnissen. Erst die westliche Präsenz auf chinesischem Boden (dies sei in Mißachtung der Grundsätze "politischer Korrektheit" zu betonen) habe den institutionellen Rahmen und die juristischen Garantien für eine nicht vom Staat kontrollierte chinesische "Öffentlichkeit" geschaffen. Dieser Beitrag des Westens zur Schaffung innovativer Nischen und alternativer ideologischer Optionen werde in den neueren von einer "Binnenperspektive" geprägten Darstellungen der neueren chinesischen Geschichte übersehen. Schließlich sei auch die Rolle der *guanbao*, der staatlichen "Amtspostillen", als prägendes Element spezifisch chinesischer Öffentlichkeit zu beachten. "Nationale Öffentlichkeit" werde in China traditionell durch die staatliche Presse hergestellt, wobei auch diese ständig auf ausländische Nachrichten reagiere, die sie selber nicht bringe.

Während Prof. Wagner die Begriffe "Öffentlichkeit" und "Zivilgesellschaft" als Chiffre für eine Forschungsrichtung durchaus akzeptierte, verwarf Dr. Sebastian Heilmann in seinem Beitrag den Begriff als beliebig einsetzbares "rhetorisches Passepartout" und analytisch unbrauchbar. Die Diskussion um eine chinesische Zivilgesellschaft stehe unter dem Eindruck der Vorfälle von 1989 und der Umbrüche in Osteuropa und suche nach dem "missing link" zwischen europäischen Modernisierungserfahrungen und chinesischer Geschichte; dagegen seien im China Deng Xiaopings weder ökonomisch noch intellektuell nennenswerte Formen von unabhängiger Selbstorganisation entstanden, aus denen sich auch nur Keimzellen einer "Zivilgesellschaft" entwickeln könnten. Wesentlich größere Bedeutung komme der engen personellen und institutionellen Verflechtung zwischen staatlicher Verwaltung und nominell nicht-staatlichen Unternehmen zu, mithin den exklusiven Netzwerken aus alter Macht- (*guan*) und neuer Wirtschaftselite (*shang*). Im China seien somit sowohl postkommunistische Phänomene à la Osteuropa (Übernahme führender Wirtschaftspositionen durch die Nomenklatura, anarchokapitalistisches Wirtschaftsleben, wachsende soziale Gegensätze) als auch Interessenskollusionen zwischen Macht- und Wirtschaftseliten wie in Hongkong und Taiwan zu beobachten. Das rapide Anwachsen dieser grenzübergreifenden informellen Interessenskartelle aus politischen, wirtschaftli-

chen und militärischen Eliten könne mit dem Begriff "Zivilgesellschaft" nicht angemessen erklärt werden, der mehr Frage aufwerfe als er beantworten könne. Beide Vorträge wurden im weiteren Verlauf in Arbeitsgruppen sowie in einem anschließendem Plenum intensiv und kontrovers diskutiert.

Wie weit zumindest der ländliche Raum Chinas noch von einer Zivilgesellschaft entfernt ist, machte am folgenden Tag Dr. Johanna Pennarz deutlich, die lebendig und kenntnisreich von längeren Feldforschungen im Süden Sichuans berichtete. In den Mittelpunkt ihrer Ausführungen stellte sie die sozioökonomische Struktur der "dritten Sphäre" (Philip Huang) zwischen Gesellschaft und Staat. Sie zeigte, wie sich im ländlichen Raum neue Eliteschichten herausbilden, die die Zugänge zu den Austauschbeziehungen monopolisieren und kontrollieren. Die ursprünglich für alle armen Haushalte gleichen strukturellen Beschränkungen (vor allem Land- und Kapitalknappheit) werden durch die Mobilisierung sozialen Kapitals (*guanxi!*), das den Eintritt in den Marktsektor erst ermöglicht, ausgeglichen. Die eigentliche bäuerliche Gesellschaft sei weiterhin als eher peripheres Stratum zu bewerten; zwischen ihr und dem Staat als "zentralem marktwirtschaftlichem Planer" habe sich eine schmale, innovative Schicht kleiner Händler und spezialisierter Produzenten als Vermittlungsinstanz geschoben. Ihr Vortrag bescherte eine Fülle von detaillierten Einblicken in die Mikrosoziologie des ländlichen Raums, wie sie z.Zt. in der Literatur kaum erhältlich sind.

Dr. Thomas Menkhoff, derzeitig als Dozent an der National University of Singapore tätig, berichtete in einem weiteren Abschnitt der Tagung über die wachsende wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Singapur und der Volksrepublik. Singapurs politische und wirtschaftliche Elite habe es geschafft, erfolgreich ins Chinageschäft einzusteigen, propagiere ein neues "asiatisch-konfuzianisches Selbstbewußtsein" und biete sich nicht zuletzt als technokratisch-neoautoritäres Vorbild für China an. Ob in Singapur selbst allerdings das Modell eines autoritären Gesellschaftsvertrages nicht inzwischen als anachronistisch zu bezeichnen sei, wurde kontrovers erörtert.

Dr. Catherine Yeh leitete den Abschnitt "Wertewandel in der sozialistischen Marktwirtschaft" mit einem (fast simultan) englisch und chinesisch vorgetragenen Beitrag zum "Wang Shuo-Phänomenon" ein, in dem sie mit Text-, Video- und Musikbeispielen ihre These von der subversiven Qualität der oberflächlich rein kommerziell arbeitenden Autoren wie Wang Shuo illustrierte. Die Entmystifizierung und Entsakralisierung der politischen Formeln des Sozialismus sei erst der ironisierenden Alltags- und Massensliteratur Wang Shuos möglich, der sich dem "schweren Diskurs" über das "wahre China" entzogen habe, wie er noch Filme ("Gelbe Erde" u.a.) und Literatur der achtziger Jahre kennzeichne. Nicht zufällig sei es nur Wang Shuo als Nicht-Intellektuellem gelungen, sich aus dem Gefängnis des "permanenten Dialogs mit der Vergangenheit" zu befreien.

"Zivilgesellschaft' und Rechtssystem: Entwickelt sich China zu einem Rechtsstaat?" lautete die Frage, die Prof. Robert Heuser am Ende der Tagung zu beantworten versuchte. Auch er setzte sich kritisch mit dem Begriff "Zivilgesellschaft" auseinander, den er auf den Hegelschen Begriff der bürgerlichen Gesellschaft zurückführte: Auch wenn China keineswegs als bürgerliche Gesellschaft zu bezeichnen sei, sei es sinnvoll, diesen Begriff zur Analyse heranzuziehen, zum einen im Sinne eines allgemeinen hermeneutischen Prinzips, eigene Konzepte in

der Konfrontation mit dem "Fremden" ständig weiter zu entwickeln und zu überprüfen, zum anderen zur Formulierung sinnvoller an China gerichteter Fragen und normativer Zielvorgaben. In seinem Beitrag konstatierte Heuser einen "Normenhunger" an allen Fronten der Rechtsreform in China: Die Abwehr staatlicher Übergriffe, das Prinzip der Trennung der politischen und zivilen Sphäre und der "Privatautonomie" seien in den Entwürfen zu einem Zivilgesetzbuch in China, dessen Bedeutung von einem chinesischen Kollegen mit der Einführung des *Code Napoleon* verglichen worden sei, verankert. Elemente des Rechtsstaats seien (zumindest normativ) auf dem Vormarsch, die wichtigsten Impulse gingen dabei von den marktwirtschaftlich regulierten Bereichen aus. Das Recht als Unterdrückungsinstrument werde im Verständnis abgelöst durch das Recht als Regelungsinstrument einer komplexer werdenden Gesellschaft. Als "archaisches Gebilde" in einem sich reformierenden Rechtssystem bezeichnete Heuser die chinesische Verfassung - auch dies aus der Sicht des Berichterstatters ein Zeichen für die von Steven I. Levine gefundene Beschreibung der chinesischen Entwicklung als "fuzzy transition to we know not exactly what".

Christoph Müller-Hofstede

Rockmusik als Instrument politischer Opposition? Zur politischen und gesellschaftlichen Funktion moderner Musik in der VR China und in Taiwan
 Workshop des Lehrstuhls Prof. Dr. Thomas Heberer
 Universität Trier, 17.-18. Juni 1994

Der ökonomische Reformprozeß, der die Gesellschaft der Volksrepublik China seit Ende der siebziger Jahre prägt, setzt zahlreiche Wandlungsvorgänge in Bewegung, die sich zunehmend auf alle Lebensbereiche der Chinesen erstrecken. Erst allmählich bemühen sich Wissenschaftler, diesen Wandel aufzuzeichnen, zu beschreiben und zu analysieren. Die moderne Jugendkultur und die Subkultur sind bislang lediglich in Ansätzen untersucht worden. Die politische Sensitivität der Subkultur, die von den Behörden tendenziell dem politisch oppositionellen Lager zugerechnet wird, erschwert zudem die empirische Forschung.

Über das Phänomen Rockmusik, erstmals Mitte der achtziger Jahre zum Durchbruch gekommen, läßt sich nicht nur die gesellschaftliche Rolle von Kunst und Musik im traditionellen und heutigen China verdeutlichen, sondern es lassen sich auch Veränderungen unter der jungen Generation Chinas und im politischen System beschreiben. Eine scheinbare Randerscheinung dient so zur Beschreibung des graduellen Wandlungsprozesses gesellschaftlicher Teilbereiche.

Der Trierer Workshop, hervorgegangen aus einer Lehrveranstaltung zum Thema "Kunst, Literatur und politische Opposition in China", führte erstmals Sinologen, Musik- und Sozialwissenschaftler zusammen, um das Phänomen Rockmusik aus unterschiedlichster Perspektive zu beleuchten. Es zeigte sich, daß in Deutschland bereits eine kleine Zahl von Forschungs- bzw. Untersuchungsvorhaben zum Thema existieren.

Anhand von Fachliteratur, Musikvideos, Hör- und Textbeispielen sowie "Insiderberichten" deutscher Musiker, die in chinesischen Bands gespielt haben,